

Dr. Michael Bürsch

- (A) alle 14 000 Kommunen. Das ist wirklich nicht beträchtlich.

Das zweite Beispiel ist die Bürgerkommune. Dieses Modell, das Ende der 90er-Jahre mit einem wunderbaren Konzept für Bürgerbeteiligung gestartet ist, ist nicht die große Erfolgsgeschichte geworden. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement hat selber das Resümee gezogen: Bislang unterstützen die wenigsten Kommunen bürgerschaftliches Engagement aus dem Blickwinkel der Schaffung einer bürgerorientierten Kommune. Ich könnte die Beispiele noch erweitern. Fazit ist: Auf der einen Seite gibt es ein beträchtliches Engagement und ein großes politisches Interesse, aber auf der anderen Seite ein deutliches Defizit.

Was ist zu tun? Ich kann mit Fug und Recht auf die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages verweisen, der ich einmal vorgestanden habe. Sie hat das Leitbild der Bürgergesellschaft vertreten. Das ist für uns vielleicht eine Orientierung. Dort heißt es: Die demokratischen und sozialen Strukturen unseres Landes sollen durch die aktiv handelnden, an den gemeinschaftlichen Aufgaben teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt, verändert und auf zukünftige gesellschaftliche Bedürfnisse zugeschnitten werden.

- (B) Was kann das nur bedeuten? Offensichtlich entsprechen die Formen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die wir anbieten, nicht den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Das Wichtigste ist vermutlich nicht die Wahlbeteiligung; obwohl es seine Berechtigung hat, die Wahlbeteiligung zu beobachten, sollten wir nicht nur auf sie schauen. Es ist auch berechtigt – ich bin dafür –, über Formen der direkten Demokratie nachzudenken. Vermutlich ist viel wichtiger, echte Beteiligung anzubieten, das heißt, den Menschen eine Möglichkeit zu bieten, die sie in Wahlen nicht mehr unbedingt sehen, nämlich wirklich etwas mitzugestalten.

Man kann zum Beispiel den Bürgerinnen und Bürgern in Kommunen oder Bezirken die Möglichkeit eröffnen – in Berlin wird das zum Teil getan –, über den Bürgerhaushalt ein wirkliches Mitspracherecht zu erhalten. Der Bürgerhaushalt ist schon vor 15 Jahren in Brasilien entwickelt worden. Jetzt gibt es hier in Berlin und überall in Deutschland erfolversprechende, erfreuliche Modelle, die nichts an der repräsentativen Demokratie ändern; denn weiterhin entscheiden die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten am Ende über den Haushalt. Die Bürgerinnen und Bürger werden über wirkliche Mitsprachemöglichkeiten ernsthaft an der Entstehung und Entwicklung des Haushalts beteiligt. Sie können darüber mitbestimmen, welche Prioritäten in einem Haushalt gesetzt werden.

Wir müssen uns fragen: Welche Formen der Mitbestimmung und der Beteiligung gibt es, damit Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben: Es geht nicht um eine Alibi- oder Schaufensterveranstaltung, sondern es ist wirklich ernst gemeint, es wird so praktiziert, wir nehmen daran teil? Der Bürgerhaushalt ist eine Form, die ich empfehlen kann.

(C) Eine zweite Form ist in den letzten zwei Jahren modellhaft erprobt worden: das Bürgerpanel. Die Idee stammt aus England. Es ist eine viel weniger aufwendige Form, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, indem man sie regelmäßig befragt; in der Stadt Nürtingen wird das hervorragend umgesetzt. Es geht dabei um Fragen, die die Kommune und damit die Bürgerinnen und Bürger essenziell betreffen.

Ein Modellversuch, der von der Verwaltungshochschule Speyer betreut wird, hat zu sehr erfreulichen Ergebnissen geführt: Ein Bürgerpanel erzeugt einen geringen Aufwand sowie geringe Kosten und führt zu einer großen Beteiligung sowie zu einem deutlichen Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, das Projekt fortzusetzen. Daraus entwickelt sich eine immer intensivere Form des Engagements und der Beteiligung an Bürgerangelegenheiten. Das Bürgerpanel scheint eine sehr sinnvolle Form der Beteiligung zu sein, die wir weiterentwickeln sollten.

Letztlich läuft alles auf das hinaus, was Max Frisch gesagt hat – damit kommen wir zum Thema der Debatte zurück –:

Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.

(D) Wenn wir das ernst meinen und die Demokratie insofern wirklich wiederbeleben wollen, müssen wir – das ist ein entscheidender Punkt – ernsthafte Möglichkeiten der Beteiligung und der Mitbestimmung bieten. Am Ende zählt, was sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der Enquete-Kommission gezogen hat: Wir müssen eine Anerkennungskultur schaffen, sodass die Bürgerinnen und Bürger, die sich die Mühe machen, sich zu beteiligen, dafür entsprechende Wertschätzung und Würdigung erfahren.

Ich habe viel dadurch gelernt, dass ich viel gelesen habe. Deswegen habe ich der Linken eine wunderbare Veröffentlichung mitgebracht: *Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen*. Dort können Sie auf 80 Seiten wunderbar nachlesen, was ich eben in sieben Minuten gesagt habe. Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Michael Bürsch [SPD] übergibt Abg. Elke Reinke [DIE LINKE] ein Schriftstück)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Monika Lazar, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind im Petitionsausschuss viel Kummer gewöhnt; aber die Auseinandersetzung mit dieser Großen Anfrage und die Antwort der Bundesregierung waren nicht so erquicklich. Wir haben wahrlich keinen Grund, die Bundesregierung in Schutz zu nehmen; aber die Linke hat mit der hier vorgelegten Anfrage wenig getan, um die Bundesregierung um den Schlaf zu bringen – eher im Gegenteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Monika Lazar

- (A) Sie hat der Bundesregierung ein Tableau zur Verfügung gestellt, sich besonders bürgerfreundlich darzustellen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist sie ja auch!)

Wir können die Selbstgefälligkeit in der Bundesregierung, die aus dieser Antwort spricht, allerdings nicht durchgehen lassen; dasselbe gilt für das vordemokratische Petitionsverständnis der Linksfraktion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist unsere Aufgabe im Petitionsausschuss? Unsere tägliche Erfahrung ist doch, dass sich die Menschen massenhaft darüber beschwerten, dass sie auf Ämtern häufig herablassend behandelt werden, dass sie keine Antworten oder in unverständlichem Bürokratendeutsch verfasste Antworten erhalten oder dass sie gar falsch beraten worden sind. Manchmal gab es sogar gänzlich fehlerhafte amtliche Bescheide, die wir kritisiert haben.

Die Bundesregierung weist in Ihrer Antwort auf die Große Anfrage darauf hin, dass der Bundestag kein Monopol auf die Behandlung von Bürgerbeschwerden hat. Das stimmt. Aber dann kann man nicht den lapidaren Hinweis geben, der Bürger könne sich ja entscheiden, ob er sich an die Beauftragten der Bundesregierung oder an den Petitionsausschuss wende. Entscheiden kann sich die Bürgerin oder der Bürger tatsächlich. Wenn er etwas erreichen will, sollte er sich aber an uns, an den Petitionsausschuss, wenden. Jeder Bürger und jede Bürgerin hat das Recht auf eine Prüfung seiner oder ihrer Eingabe durch den Petitionsausschuss.

- (B) Der Petitionsausschuss hat Verfassungsrang; die Vorrednerinnen und Vorredner haben darauf schon hingewiesen. Darauf muss man die Bundesregierung, gleich welcher Zusammensetzung, immer wieder mit Nachdruck hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Sie könnten wissen, dass wir im Petitionsausschuss zurzeit sehr intensiv an der Fortentwicklung von öffentlichen Petitionen und der bürgerschaftlichen Teilhabe arbeiten. Wir befinden uns in einer bedeutsamen Phase der Fortentwicklung des Petitionsrechts. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hat uns einen außerordentlichen Erfolg bei der Einführung öffentlicher Petitionen bescheinigt.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber das müsste die Vorsitzende doch wissen!)

Ich zitiere:

Mit der Etablierung des Modellversuchs „öffentliche Petition“ im September 2005 hat der Deutsche Bundestag, insbesondere sein Petitionsausschuss, einen Beitrag dazu geleistet, das im Grundgesetz verankerte Petitionsrecht weiter zu stärken und auszubauen ... Es wurde größere Transparenz und Öffentlichkeit für das Petitionsverfahren geschaffen und Raum für den möglichst rationalen Austausch von Argumenten in Petitionsangelegenheiten bereitgestellt.

Das scheinen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, nicht mitbekommen zu haben.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Offensichtlich! – Günter Baumann [CDU/CSU]: Die waren da gerade nicht da! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Realitätsverweigerung!)

(C)

Der Modellversuch wird jetzt in den Regelbetrieb überführt. Er hat auch gezeigt, wo wir es noch besser machen können. Darum suchen wir nach Mitteln und Wegen, aufgetretene Schwächen zu beseitigen und neue Erkenntnisse aufzunehmen.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: Sie finden aber keine Schwächen!)

– Na ja, niemand ist vollkommen, auch nicht der Petitionsausschuss.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: Aber fast!)

Darüber hinaus arbeiten wir im Ausschuss sehr aktiv an der bürgerfreundlichen Ausgestaltung öffentlicher Ausschusssitzungen. Das sind die Punkte, nach denen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, fragen sollten, und zwar im Ausschuss, wo wir alle miteinander beraten. Aber wo sind Ihre Vorschläge? Das Petitionsrecht, die Verfahrensgrundsätze, liegen in unserer Verantwortung. Diesbezüglich kann man etwas verändern. Machen Sie im Ausschuss Vorschläge, dann können wir darüber beraten.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir vor einem halben Jahr schon einmal gesagt, und es kamen keine Vorschläge!)

(D)

Aber sich nur darüber zu beklagen, dass die Bundesregierung das nicht tut, macht überhaupt keinen Sinn.

Wir drehen im Petitionsausschuss gewiss nicht am großen Rad der Weltgeschichte. Aber wir verbessern die Welt jeden Tag ein kleines Stück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Dabei geht es um das sprichwörtliche Bohren dicker Bretter. Dafür bedarf es solider Handwerkerinnen und Handwerker. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, arbeiten Sie dabei mit. Im Petitionsausschuss hat wirklich niemand Berührungsängste im Hinblick auf Ihre Fraktion.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Wir stellen sie nur zurück!)

Sie sind herzlich eingeladen, Ihre Vorschläge zu präsentieren. Wenn sie vernünftig sind, haben Sie uns auf Ihrer Seite.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist eine Drohung!)

– Da mache ich Ihnen schon einmal ein Angebot, und dann kommt so etwas.

Wir wollen das Petitionsrecht zu einem politischen Mitwirkungsrecht machen. Sie wollen das Petitionsrecht zu einem politischen Kampfinstrument machen. Das ha-

Monika Lazar

- (A) ben wir bei den öffentlichen Petitionsübergaben mitbekommen; das ist schon von einigen angesprochen worden. Ich war ebenfalls dabei und empfand das als sehr unangenehm.

(Jens Ackermann [FDP]: Das war nicht öffentlich!)

Vor allen Dingen haben Sie nichts damit erreicht. Was ist dabei herausgekommen? – Zurzeit gibt es keine öffentlichen Petitionsübergaben.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: Zum Nachteil der Betroffenen!)

Das ist für uns alle sehr betrüblich, und wir müssen uns überlegen, wie wir aus dieser Sache wieder herauskommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir sollten die Debatte über diese Große Anfrage schnell hinter uns bringen und uns wieder mit aller Kraft den eigentlichen Aufgaben des Petitionsausschusses zuwenden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

- (B) Das Wort hat nun Carsten Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich den Kollegen der Linksfraktion zuwende, möchte ich ein Wort an den Kollegen Ackermann richten. Ich will einen möglicherweise bestehenden falschen Eindruck widerlegen. Sie haben gesagt, es bestehe zu häufig Uneinigkeit zwischen den Fraktionen der Großen Koalition, es würden Petitionen vertagt werden. Die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache. 112 Petitionen wurden vertagt, davon 31 auf Wunsch der CDU/CSU-Fraktion, 19 wegen einer zusätzlichen Berichterstattung – also wegen einer besonders intensiven Nacharbeit und eines besonderen Engagements für das vorgebrachte Anliegen – und 12 wegen Beratungsbedarfs. Da bleibt noch viel Platz für das Vertagen durch andere Fraktionen. Wenn Sie die Zahlen genau überprüfen, dann kommen Sie dazu, dass die FDP nicht selten vertagt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur Großen Anfrage der Linksfraktion. Man muss ehrlicherweise sagen: zur sogenannten Großen Anfrage; denn die Anfrage ist nur dem Umfang nach groß. Der Inhalt bleibt dahinter doch signifikant zurück.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: Sehr dünn!)

- (C) Als Erstes fällt auf: Hier wird die Regierung zu einer originären Aufgabe des Parlaments befragt. Schon das mutet merkwürdig an.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Vor-demokratisch!)

Trotz der zahlreichen Fragen hat mir die Frage 109 an die Bundesregierung gefehlt, wann sie gedenkt, einen Bundespetitionsminister zu ernennen. Das hätte zu Qualität und Anzahl gepasst.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir von der Union teilen diese – es wurde gesagt: vor-demokratische – Auffassung von Staatsorganisation nicht.

Schauen wir uns die Fragen im Einzelnen an. Sie stellen bisweilen Fragen, die Sie mit einer einfachen Internetrecherche selbst hätten beantworten können; ich will Ihre Leistungsfähigkeit nicht herabwürdigen. Wir haben allerdings den Eindruck, dass Sie den Petitionsausschuss und einzelne Petitionen, zum Teil von Ihnen selbst auf den Weg gebracht, populistisch ausschachten wollen. Ich erinnere nur an die letzte Sitzung des Petitionsausschusses, als Sie eine Petition mit einem hohen Votum versehen wollten, die die Anhebung des Kindergeldes um einen abenteuerlich hohen Betrag vorsah. Das fanden Sie erwägenswert. Sie sind aber eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie Sie die daraus resultierenden Mehrausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden Euro gegenfinanzieren wollen.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: Dafür sind die nicht zuständig! Sie sind nur für Polemik zuständig!)

(D)

Das sind so eben 10 Prozent des Bundeshaushaltes, und Sie leiten das weiter und tun so, als ob es Sie interessierte. In Wahrheit verklapsen Sie den Petenten, weil Sie ihm nicht die Wahrheit sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie fordern einen Volksentscheid auf Bundesebene. Es steht in diesem Hause jedermann gut an, wenn er erst einmal vor seiner eigenen Tür kehrt, und zwar in jeder Hinsicht. Ich rate Ihnen dringend, sich mit Ihren Parteigenossen in Berlin auseinanderzusetzen. Ich erinnere daran, dass wir es im Augenblick in Berlin mit der engagiert diskutierten Frage nach der Zukunft des Flughafens Tempelhof zu tun haben. Viele Berliner Bürgerinnen und Bürger sprechen sich für den Erhalt dieses Flughafens aus. Es soll nun am 27. April – dafür gibt es nennenswerten Zuspruch – einen Volksentscheid geben. Die rote Koalition in Berlin möchte den Flughafen Tempelhof schließen, weiß aber ganz genau, dass sie bei diesem Volksentscheid außergewöhnlich schwach dastünde. Was passiert? Es ist angedacht – und zwar unter Beteiligung der Linkspartei –, vorab den Flughafen womöglich an Immobilienspekulanten zu verscherbeln, damit Ihre Parteigenossen dem Bürgerwillen nicht nachgeben müssen. Sie haben in Wahrheit gar kein echtes Interesse an demokratischen Prozessen. Sie ignorieren den Bürgerwillen konsequent.